

„Nun muss Schluss sein mit dieser Verzerrung des politischen Wettbewerbs!“
Ortssprecher Dippel bekommt den samstäglichen Flash beim Aufschlagen der Lokalzeitung. „Die Verhältnisse in Hanau sind nicht viel anders als im so geschmähten Ungarn. Die Presse ist gleichgeschaltet und macht neben der üblichen kritiklosen Hofberichterstattung direkte Werbearbeit für die Grokoparteien!“

Was hat Dippel so erregt? Seit Ende 2017 gibt es eine samstägliche Rubrik „Gastbeitrag“ in der zwei lokalen Direktkandidaten zur Landtagswahl die exklusive Möglichkeit gegeben wird, ihre Sicht der Dinge dar zu legen. Die offensichtliche Bevorzugung der in Bund und Kreis machthabenden Parteien scheint vorseilender Gehorsam gegenüber der auch im Land wahrscheinlichen Groko aus CDU und SPD.

In diesem Zusammenhang ist die kartellartige Pressekonzentration im Rheinmaingebiet zu sehen. Nach der erneuten Einkaufstour des Münchner Medienzars Ippen sind die Inhalte in Hanau nun verwoben mit der Offenbach Post, der Frankfurter Rundschau und der Frankfurter Neuen Presse. Herr Ippen bestimmt nun, was bei bundesweit einer Million Lesern auf dem Frühstückstisch liegt.

Die Probe aufs Exempel, ob die Zustände in unserem Land nur Ungarn gleichen oder schon in Richtung der Zustände in der Türkei gehen, will die Hanauer AfD durch Klärung einer Rechtsfrage machen.

Nach Parteiengesetz § 26 (1) müssen alle einer Partei gewährten geldwerten Vorteile im Rechenschaftsbericht der Partei aufgeführt werden, "mit denen eindeutig für die Partei geworben wird."

Dass beispielsweise der beiliegende, angeblich vom Abgeordneten Degen stammende Beitrag im redaktionellen Teil eine Werbung für seine Partei ist, scheint eindeutig. Der damit einhergehende geldwerte Vorteil lässt sich anhand der Preisliste des HA leicht auf ca. 3-4.000 € pro Ausgabe berechnen, wenn man die seit Januar verdreifachten (!) Preise zugrunde legt.

Der Ortsverband wird diese Frage nun über die die Bundestagsfraktion der Alternative für Deutschland der Bundestagsverwaltung zur Prüfung und Stellungnahme vorlegen. Vom Prüfungsergebnis hängt für die SPD, aber auch für den Hanauer Anzeiger einiges ab.

Dippel schließt mit den Worten: „Und wer wird zweifeln, dass den Grokoparteien ein Vorteil entstanden ist, durch die Kolumne? Noch dazu im laufenden Wahlkampf?
Oder sollte es vielleicht Zahlungen der Parteien für die Veröffentlichung geben? Dann ginge der Verdacht auf eine verdeckte Parteispende zwar ins Leere, aber der Schaden für die Demokratie wäre selbstverständlich noch größer.“

Straßenbeiträge abschaffen!

Von Christoph Degen, Landtagsabgeordneter der SPD

Das Ansinnen der CDU-geführten Landesregierungen der letzten Jahre die eigene Misswirtschaft mit einem Schuldenhöchststand auf dem Rücken der Städte und Gemeinden zu sanieren, ging stark zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger. Gezeigt hat sich dies auch bei uns im MKK mit einer mancherorts massiven Erhöhung der Grundsteuer, wozu viele Kommunen aus Wiesbaden gezwungen wurden.

Um die Genehmigung ihrer Haushalte nicht zu gefährden, wurden und werden die Kommunen auch bei der Erledigung weiterer Aufgaben aus Wiesbaden gezwungen, die Bürgerinnen und Bürger mehr zu belasten und das teilweise mit horrenden Kosten. Ein Beispiel dafür ist die Erhebung von so genannten Straßenbaubeiträgen.

Muss eine Straße neu instandgesetzt werden, kann

es für die Anwohner deshalb richtig teuer werden. Auf bis zu mehrere zehntausend Euro kann sich eine solche Straßensanierung für die Eigentümer der anliegenden Grundstücke belaufen.

Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren über ihre Kommunalaufsicht viele Städte und Gemeinden zur Erhebung von solchen Straßenbaubeiträgen gezwungen, denn die Investitionsbedarfe der Städte und Gemeinden sind nur unzureichend im Kommun-

alen Finanzausgleich des Landes berücksichtigt. Das ist nicht nur ärgerlich, sondern bringt viele Menschen, für die ihr Haus die Altersvorsorge ist, auch in eine finanzielle Notlage.

Die nun kurz vor der Landtagswahl vorgebrachten Vorschläge von CDU, Grünen und FDP, wonach man Kommunen wieder selbst überlassen will, ob sie Straßenausbeiträge erheben oder nicht, führen ins Leere, da nach wie

vor das Grundproblem, nämlich die Unterfinanzierung vieler Kommunen, nicht angegangen wird.

Zu viele Menschen werden die hohen Beträge, die auch weiterhin anfallen werden gar nicht oder nur mit sehr großer Mühe aufbringen können. Das einzige, das sich ändert: Die Landesregierung schiebt

die Verantwortung für die Erhebung von Beiträgen an die Kommunen ab.

Ich stimme zu, dass die Regelung zu den zwangsweisen Straßenausbaubeiträgen in ihrer derzeitigen Form abgeschafft werden muss und die Finanzierung sowie der Ausbaustandard stärker vor Ort geregelt wird. Ich weiß jedoch auch, dass wir die Städte und Gemeinden mit der Finanzierung ihrer kommunalen Infrastruktur nicht alleine lassen dürfen.

Bei einer Abschaffung der Straßenbeiträge, brauchen

diese deshalb einen finanziellen Ausgleich, den das Land tragen muss. Die SPD will daher allen hessischen Kommunen eine Investitionspauschale zur Verfügung stellen, die den Einnahmeverlust von bisher möglichen Straßenausbaubeiträgen ausgleichen soll.

Wir halten dies für einen unbürokratischen Weg, der den Kommunen und den Grundstückseigentümern tatsächlich weiterhilft. Nur so kommen wir auch tatsächlich zu einer echten Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger, die dann Gewissheit haben, dass nicht doch plötzlich noch ein Bescheid ins Haus flattert.

→ In der Samstags-Rubrik „Gastbeitrag“ bewerten die heimischen Landtagsabgeordneten Heiko Kasseckert (CDU/Langenselbold) sowie Christoph Degen (SPD/Neuberg) im wöchentlichen Wechsel das aktuelle politische Geschehen aus ihrer persönlichen Sicht. Die Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder.



Christoph Degen

Wohnraum schaffen

Von Christoph Degen, Landtagsabgeordneter der SPD

Wohnraum wird knapp und immer teurer – das bekommen auch wir im Main-Kinzig-Kreis zu spüren. Insbesondere im Gebiet um Frankfurt, aber auch darüber hinaus ist der Wohnungsmarkt mittlerweile angespannt.

Darunter leiden vor allem Menschen mit einem niedrigen oder durchschnittlichen Einkommen. Wenn die Mieten immer weiter ansteigen, werden Normalverdiener, Berufseinsteiger, Familien und Rentner immer weiter benachteiligt.

Zuviel Marktlogik hat dazu geführt, dass durch die Mietpreise immer mehr Einkommensgruppen überfordert sind. Es war von der Landesregierung fatal, anzunehmen, dass durch hohe Mieten der Zuzug in die Städte gebremst würde.

Das Land Hessen darf sich seiner Verantwortung nicht entziehen. Wir brauchen mehr öffentlich geförderte Wohnungen und müssen diese mehr Menschen zugänglich machen. Dafür brauchen wir höhere Einkommensgrenzen und längere Bindungsfristen. Es geht da-

rum, die Preisspirale zu durchbrechen, denn Wohnungen sind kein Spekulationsobjekt, zumal Wohnraum eine unabdingbare Voraussetzung für ein menschenwürdiges Dasein ist.

Auf der kommunalen Ebene wird Wohnen längst als Aufgabe der Daseinsvorsorge begriffen und der Main-Kinzig-Kreis hat schon vor einigen Jahren ein entsprechendes Förderprogramm auf den Weg gebracht.

Erfolgreich werden wir aber nur sein, wenn alle an einem Strang ziehen. Doch alles, was die Landesregierung bisher als Lösung anbietet, sind Masterpläne ohne Wirkung und Marketingaktionen ohne Substanz.

Dabei ist das Wohnen in Hessen auch teurer geworden, weil die Landesregierung nicht nur die Grunderwerbssteuer dramatisch angehoben, sondern auch die Kommunen gezwungen hat, die Grundsteuern

in ungeahnte Höhen zu schrauben. So treibt Schwarz-Grün die Preise für den vorhandenen Wohnraum immer weiter nach oben, statt dafür zu sorgen, dass Wohnungen bezahlbar bleiben.

Die SPD ist daher der Auffassung, dass es mitunter Aufgabe des Staates sein muss, angemessenen Wohnraum zu errichten und zu erhalten. Auch aus diesem Grund befürworte ich, dass am 28. Oktober mit der Landtagswahl mit einem neuen Artikel 26d das Staatsziel zur Förderung der Infrastruktur, wozu auch explizit angemessener Wohnraum zählt, in die Hessische Verfassung aufgenommen wird. Ziel der Sozialdemokraten ist es, eine bessere Wohn- und Lebensqualität für Menschen jeden Alters zu ermöglichen.

→ In der Samstags-Rubrik „Gastbeitrag“ bewerten die heimischen Landtagsabgeordneten Heiko Kasseckert (CDU/Langenselbold) sowie Christoph Degen (SPD/Neuberg) im wöchentlichen Wechsel das aktuelle politische Geschehen aus ihrer persönlichen Sicht. Die Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder.



Christoph Degen



n

Ar-

ir-
je-
rn
er-
zi-
er-

en
uit
er-
en
en
kt
en
h